Nebraer Anzeiger

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk. durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustrirtes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 22. Nebra, Sonnabend, 18. März 1899 12. Jahrgang.

Das Fernsprechwesen.

Nunmehr ist auch das Telegraphenwegegesetz dem Reichstag zugegangen, von dessen Inkrafttreten die neue Regelung der Fernsprechgebühren abhängig gemacht wurde. Der Zusammenhang ist leicht erkennbar. Man erwartet von der teilweisen Gebührenherabsetzung eine Zunahme der Fernsprechanschlüsse für das platte Land und sieht sich in der Führung der Linien nicht mehr bloß auf Hauptstraßen, sondern auch auf Nebenstraßen und Landwege angewiesen. Die Befugnis der die Telephonie mit umfassenden Telegraphenverwaltungen zur Benutzung fremder Gelände entbehrt nun aber bis jetzt einer reichsgesetzlichen Grundlage und eben diese soll geschaffen, Recht und Pflicht des Fiskus gegenüber den Privateigentümern angemessen abgegrenzt werden. Ueber das Maß, in welchem die Verwaltung Grundstücke benutzen und deren Besitzer entschädigen will, mögen Meinungsverschiedenheiten obwalten, doch die grundlegende Absicht des Entwurfs erscheint unanfechtbar. Der Annahme der Vorlage stehen keinesfalls unüberwindliche Hindernisse im Wege.

Sehr viel mehr umstritten ist dagegen die Fernsprechgebührenordnung. Herr v. Podbielski will zwar geben, aber auch nehmen. Das Publikum will aber nicht noch höhere Kosten tragen, ist vielmehr der Ansicht, daß Herabsetzungen von Gebühren nicht nur ihm selber, sondern auch der Post zu gute kommen, wenn sie sich in gewissen Grenzen halten.

Während die allgemeine Klage gegen die Höhe der Gebühr gerichtet war, soll jetzt für bestimmte Fernsprechnetze eine weitere Erhöhung erfolgen, als Ausgleich von Ermäßigungen, die anderen Netzen zugedacht sind. Gegenwärtig sind für Anschluß und Benutzung überall im ganzen Reich gleichmäßig 150 Mk. zu zahlen. Das ist ein Preis, der die Verbreitung dieses für das wirtschaftliche Leben überaus förderlichen Verkehrsmittels erschwert. Eine allgemeine Herabsetzung dieses Preises hätte eine allgemeine Befriedigung hervorgerufen, von der auch die Post nicht ausgenommen gewesen wäre. Denn wie die Postverwaltung im Jahre 1894 mitteilen konnte, daß die Erniedrigung des Satzes von 200 auf 150 Mk. die Zahl der Verbindungen um 118 Prozent vermehrt habe, so würde sie im Jahre 1900 oder 1901 bei einer Ermäßigung auf 120 oder 100 Mk. voraussichtlich ein verhältnismäßig noch weit günstigeres Verhältnis haben melden können. Aber die Post erniedrigt und erhöht zugleich.

Zunächst wird zwischen Grundgebühr und Gesprächsgebühr unterschieden. Die Grundgebühr soll sich nach den Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung der technischen Einrichtungen bei der Teilnehmerstelle und auf dem Vermittelungsamt sowie für die Sprechleitung, die Gesprächsgebühr nach den Kosten der Gesprächsverbindung richten. Die Grundgebühr ist abgestuft und beträgt

in Netzen von nicht über 1000 Anschlüssen	60 Mk.
bei mehr als 1000 bis einschließlich 5000	75 „
bei mehr als 5000 bis 20 000	90 „
bei mehr als 20 000	100 „

Die Verwaltung rechnet dabei so: Je größer die Teilnehmerzahl, desto höher die Kosten, weil die Einrichtung des Vermittelungsamtes um so verwickelter ist und in den größeren Städten die zunehmende Länge der Anschlußleitungen verteuernd wirkt.

Die Gesprächsgebühr ist gleichfalls abgestuft und beträgt, wenn sie in einer Pauschsumme — die Vorlage nennt sie eine „Bauschgebühr" — entrichtet wird,

für die ersten 500 Verbindungen	20 Mk.
bei 500—1500 für weitere 500 Verbindungen	15 „
bei 1500—3000 für weitere 500 Verbindungen	10 „
bei mehr als 3000 für die überschießenden Verbindungen insgesamt	10 „

Der Teilnehmer darf aber auch, wenn er will, statt der Pauschsumme Einzelgebühren entrichten, und zwar pro Gespräch 5 Pfennig, jedoch mindestens für 400 Gespräche jährlich, d. h. mindestens 20 Mk. Diese Abstufung erfolgt aus zweierlei Rücksichten. Erstens aus Rücksicht auf die Kosten der Herstellung von Gesprächsverbindungen, die sich zwar im allgemeinen nach der Zahl der Verbindungen richtet, ohne freilich mit ihr absolut zu wachsen. Zweitens aus Rücksicht auf den nunmehr zur Geltung zu bringenden Grundsatz, daß die Gebühr in ein angemessenes Verhältnis zu dem Vorteil zu bringen sei, der dem einzelnen aus dem Gebrauch des Fernsprechers erwächst.

Der Reichstag wird mit der Beratung des ziemlich verwickelten Entwurfs schwere Arbeit haben.

Deutscher Reichstag.

Am 14. b. steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung der Gesetzentwürfe betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres und betr. Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes.

Die Beratung beginnt mit dem Gesetze betr. die Friedenspräsenzstärke. Artikel 1 enthält die Forderungen für die allgemeine Präsenzstärke und für die der einzelnen Truppengattungen. — § 1, der lediglich das geltende Gesetz vom 1893 bis zum 30. September 1899 verlängert, wird debattelos angenommen.

Nach § 2 der Regierungs-Vorlage sollte die allgemeine Präsenzstärke auf 502 506 Gemeine, Gefreite und Obergefreite festgesetzt werden, derart, daß diese Höhe im Laufe des Rechnungsjahres 1902 erreicht wird. Das neue Gesetz soll bis zum 31. März 1904 gelten.

Die Kommission (Referent Abg. Bassermann (nat.-lib.) hat die Stärke auf 495 500 Mann herabgesetzt und bestimmt, daß diese Ziffer erst im Laufe des Jahres 1903 erreicht werden soll. Die Präsenzziffer soll also um 7006 Mann herabgesetzt werden.

Referent Abg. Bassermann berichtet über den Gang der Kommissions-Verhandlungen und empfiehlt die Beschlüsse der Kommission zur Annahme.

Kriegsminister v. Goßler: In der ersten Lesung habe ich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es zu einer Einigung kommen werde. Im wesentlichen sind denn auch die neuen Formationen bewilligt worden. Aber die Kommission hat auch Aenderungen vorgenommen, die nicht erfreulich sind. Zunächst ist die Erreichung der Gesamtziffer auf ein Jahr hinausgeschoben worden. Dann hat man die Jäger zu Pferde von den übrigen Kavallerie-Eskadrons getrennt. Militärische Gründe dafür kann ich nicht einsehen, ich bitte daher um Wiederherstellung der Vorlage. Die wichtigste Aenderung liegt aber in der Herabsetzung der Präsenzziffer um 7006 Mann. Die von der Kommission zu Grunde gelegte Durchschnittsziffer muß ich nach den angestellten Berechnungen für unzureichend erklären. Es kann aber nicht die Absicht der Kommissionsmehrheit sein, die Truppen zu schädigen. Deshalb bin ich nicht in der Lage, den verbündeten Regierungen die Kommissionsbeschlüsse zu empfehlen. Ich appelliere daher an den Patriotismus des hohen Hauses und bitte dasselbe um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Sattler (nat.-lib.): Meine Freunde behalten sich für die dritte Lesung vollständig freie Hand, wenn wir auch heute zu den Kommissionsbeschlüssen Stellung nehmen müssen. Die Kommission hat die Präsenzstärke um 7006 Mann herabgesetzt. Wir sind aber der Meinung, daß die Festsetzung der notwendigen Präsenzstärke allein Sache der Armeeverwaltung ist. Sie allein ist dafür verantwortlich, daß die Vermehrung des Präsenzstandes ausreichend ist. Wir werden daher für die Regierungsvorlage und gegen die Beschlüsse der Kommission stimmen.

Abg. v. Levetzow (kons.): Ich habe in der ersten Lesung erklärt, daß die Vorlage große Opfer fordert; diese Opfer stehen aber in gar keinem Verhältnisse zu den schweren Folgen, die ein etwaiger Krieg mit sich ziehen müßte. Die Bedenken, die ich in der ersten Lesung gegen die neuen Kavallerie-Formationen geäußert habe, sind in der Kommission widerlegt worden. Die Kommission hat aber neue Bedenken geschaffen durch die Herabsetzung der Präsenzstärke. Die Regierungsvorlage forderte das Minimum des Notwendigen. Meine Freunde können ihr bei nicht versagen. Wir stimmen daher für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Lieber (Zentr.): Wenn man von uns sagt, wir sollten einfach die Forderungen der Regierung bewilligen, so können wir anderseits mit Fug und Recht fragen: Wie stellt sich denn die Regierung zu unseren Beschlüssen. Ich will nicht an Dinge erinnern, die noch in aller Gedächtnis sind. Wie steht es denn mit der einmütig von uns wiederholt geforderten Versorgung der Veteranen? Es ist aber durchaus falsch, daß über eine solche Vorlage allein die Armee-Verwaltung den Ausschlag zu geben hat. Der Reichstag hat die Forderungen der Regierung daraufhin zu prüfen, ob sie der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes entsprechen. Entsprechen sie ihr nicht, so thun wir unsere Pflicht, wenn wir dieselben ablehnen. Es handelt sich keineswegs nur um die zwei Millionen Mark allein, sondern vor allem um die 7000 Köpfe. Wir haben in der Kommission die Ueberzeugung gewonnen, daß es auch mit dem Abstrich und der verminderten Bataillonsstärke möglich ist, die zweijährige Dienstzeit aufrechtzuerhalten. Sollte es sich herausstellen, daß dies in der Praxis nicht möglich ist, so werden wir später gern bereit sein, in erneute Erwägungen darüber einzutreten, wie dem abzuhelfen sei. An der Herabsetzung der Präsenzziffer werden aber meine Freunde festhalten, auch wenn wir ganz allein stehen sollten.

Abg. v. Kardorff (freik.): Meine Freunde werden für die Regierungsvorlage und gegen die Kommissionsfassung stimmen. Wir behalten uns aber ebenfalls unsere endgültige Stellungnahme bis zur dritten Lesung vor.

Abg. Haußmann-Böblingen (südd. Vp.) erklärt sich gegen die Vorlage, weil dieselbe nicht einmal die Forderung der Festlegung der zweijährigen Dienstzeit erfülle. Man spreche von einem Konflikt, von der Auflösung des Reichstages. Daran glaube er nicht. Die Vorlage bringe immer noch eine Erhöhung des Präsenzstandes um 17 500 Mann, trotz des Abstrichs; eine solche Erhöhung werde die Regierung nicht zurückweisen.

Abg. Lanzinger (Bayer. Bauernbd.) erklärt, seine Freunde würden die Vorlage mit Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft ablehnen.

Abg. Smalakys (wild) verliest, da er der deutschen Sprache nicht genügend mächtig ist, eine Erklärung dahin, daß die volle Forderung der Regierung bewilligt werden möge.

Abg. Richter (frs. Vp.): Es ist heute wieder von der Wehrhaftigkeit dem Auslande gegenüber gesprochen worden. Nun hat aber der Kriegsminister in der Kommission erklärt, die militärische und politische Lage rechtfertige keine Befürchtungen. Nun handelt es sich bei dem Abstrich um nur 7006 Mann, und diese sollen nicht sofort eingestellt werden, sondern allmählich bis zum Jahre 1903. Man hat ferner wieder auf das Ausland verwiesen. Aber auch in anderen Parlamenten werden Armeefragen eingehend erörtert. In technische Details mischen wir uns gar nicht ein, denn die Verteilung der Mannschaft bleibt Sache der Kommandogewalt. Der Reichstag darf sich doch nicht zum Echo der Regierung machen. Der Kriegsminister schien in der Kommission froh, daß er die Vorlage bis auf die 7000 Mann in der Tasche hätte. Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Es ist eine Wendung eingetreten, und diese ist wieder einmal gekommen von einer unverantwortlichen Stelle. Nun soll auch der Reichstag seinen Standpunkt ändern. Damit würde er sich selbst degradieren zu einer Geldbewilligungsmaschine.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe weist die vom Abg. Haußmann gethane Aeußerung auf das allerentschiedenste zurück, daß die maßgebende Stelle auf einen Konflikt hinsteuere.

Abg. Freie (kons. Vgg.) erklärt, seine Freunde würden für die Regierungsvorlage stimmen, nach deren etwaiger Ablehnung aber auch für die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Bebel (soz.) erklärt, seine Freunde würden sowohl gegen die Vorlage, als auch gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antis.) erklärt, seine Freunde würden, da sie die Kommissionsbeschlüsse als gänzlich unzureichend ansehen, gegen diese und für die Regierungsvorlage stimmen. — Damit schließt die Diskussion.

Die Abstimmung über die Forderung der Regierungsvorlage ist eine namentliche und ergiebt die Ablehnung derselben mit 209 gegen 141 Stimmen.

Darauf wird auch der Kommissionsantrag gegen die Stimmen des Zentrums und der Freisinnigen Vereinigung abgelehnt. — § 2 ist somit ganz in Wegfall gekommen.

Artikel II (Verlängerung der Geltungsdauer der zweijährigen Dienstzeit) und III (Geltung für Bayern und Württemberg nach Maßgabe der Militärkonvention) gelangen debattelos zur Annahme.

Die Novelle zum Reichs-Militärgesetz wird darauf ebenfalls debattelos angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Preußischer Landtag.

In der Dienstag-Sitzung nahm das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf wegen Ankaufs der Berwisteinwerke von Stantien u. Becker in dritter Lesung an und fuhr alsdann in der Beratung des Kultusetats fort. Minister Bosse erklärte es gegenüber dem Herrn v. Heereman als unmöglich, den Geistlichen die Schulaufsicht zu übertragen.

Bei der am Mittwoch im Abgeordnetenhause fortgesetzten Beratung des Kultusetats beklagte sich bei dem Kapitel „Elementar-Schulwesen" Abg. v. Grabski (Pole) über die angebliche Unterdrückung der polnischen Sprache in den Ostprovinzen. Kultusminister Bosse erklärte, daß man angesichts der politischen Agitation darauf achten müsse, daß die staatlichen Lehrer nicht in die Sprachenagitation hineingezogen würden. Man habe den Polen die Gründung von Privatschulen zur Pflege ihrer Mutttersprache gestattet. Das Haus beschloß, in einer Abendsitzung die Beratung des Kultusetats fortzusetzen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser begab sich am Donnerstag nach Friedrichsruh, woselbst um 12 Uhr die Beisetzung des Fürsten und der Fürstin Bismarck im dort erbauten Mausoleum stattfand. Die Wahl gerade dieses Tages zur Beisetzungsfeier geschah wohl mit Rücksicht darauf, daß vor 11 Jahren, auch am 16. März, der alte Kaiser Wilhelm zur letzten Ruhe bestattet wurde. Unmittelbar nach der Feier fuhr der Kaiser nach Berlin zurück.

* Durch kaiserlichen Erlaß ist eine neue Marine-Organisation ins Leben getreten. Der Kaiser selbst übernimmt die oberste Leitung, wie dies schon beim Heere der Fall ist. Admiral Köster ist zum Generalinspektor der Marine ernannt worden.

* In der Samoafrage ist erfreulicherweise ein Einverständnis zwischen Deutschland, England und Amerika erzielt worden. Die beiden letztgenannten erkennen den neuen deutschen Präsidenten der Munzipalität Dr. Solf an. Chambers bleibt vorläufig Oberrichter, doch wird seine Entscheidung zu Gunsten Malietoas nicht anerkannt. Malietoa verbleibt auf dem englischen Kriegsschiffe „Porpoise", und Mataafa wird als Haupt der provisorischen Regierung bestätigt.

* Der wegen der Militärvorlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung drohende Konflikt ist beigelegt. Die Reichsregierung gibt sich mit dem einstweiligen Abstrich von 7000 Mann in der Erwartung zufrieden, daß diese Bewilligung auch innerhalb der nächsten fünf Jahre erfolgen werde, wenn die Militärbehörden sie als unumgänglich notwendig nachweisen.

* Die Besprechungen mit Cecil Rhodes nehmen, wie die ‚Berl. N. Nachr.' hören, einen guten Fortgang. Sie betreffen, wie es heißt, lediglich das deutsch-ostafrikanische Gebiet; Deutsch-Südwestafrika wird von den jetzt schwebenden Unterhandlungen nicht berührt. Die Frage der Legung einer Telegraphenleitung durch Deutsch-Ostafrika ist im positiven Sinne erledigt. Was den Eisenbahnbau anlangt, so sind die Unterhandlungen wegen der mannigfachen in Betracht kommenden Fragen technischer und anderer Art weniger einfach. Die bezüglichen Besprechungen werden fortgesetzt.

* Die lange erwartete Kanalvorlage ist nun dem preußischen Landtag zugegangen.

* Ludwig Bamberger, der bekannte Volkswirt, Schriftsteller und Parlamentarier, ist am Dienstag, 76 Jahre alt, gestorben. Bereits vor fünf Jahren hat er kein Mandat zur Volksvertretung mehr angenommen. Er gehörte früher zur nationalliberalen Partei, später zur freisinnigen Vereinigung und kann als Vater unserer Goldwährung bezeichnet werden.

Oesterreich-Ungarn.

* Die ‚Narodni Listy' bezeichnet die Stellung des Kabinetts Thun seit dem Rücktritt Banffys als ernstlich erschüttert. Es bestehen keine Zweifel, schreibt das Blatt, daß der Kaiser dem Grafen Thun die Wahl gestellt hat, entweder die Deutschen zu versöhnen oder zurückzutreten. Der „Politik" zufolge soll man in gewissen Kreisen bestrebt sein, eine deutsch-polnische Regierung ans Ruder zu bringen.

Frankreich.

* Im Ministerrat legte auf Wunsch des Präsidenten Loubet der Justizminister ein Dekret zur Unterzeichnung vor, durch welches alle diejenigen Personen begnadigt werden, welche am 18. Februar d. und an den darauf folgenden Tagen wegen aufrührerischer Rufe von dem Polizeigericht zu Geldstrafen verurteilt wurden. Der Gnadenakt kommt mehr als 250 Verurteilten zu gute.

* Der Pariser Kassationshof beschloß, den Kriegsminister Freycinet um Uebermittelung des geheimen Aktenstückes betreffend Dreyfus zu ersuchen. Die Uebermittelung wird in nächster Zeit erfolgen.

England.

* Mit erdrückender Mehrheit hat sich das Unterhaus für die von vielen noch zu klein erachtete Marineforderung der Regierung erklärt: Es lehnte nämlich mit 147 gegen 18 Stimmen den Antrag Labouchères ab, von der in dem Posten „Marineschulen" geforderten Summe den Betrag für 4000 Mann zu streichen.

* In China hat England eine neue „Verpachtung" aus eigenem Recht vollzogen. Wie der Londoner ‚Daily Mail' aus Schanghai aus chinesischer Quelle gemeldet wird, hat England von den Mia-Tao-Inseln auf der Höhe der Provinz Schantung Besitz ergriffen. ‚Daily Mail' meint, wenn die Meldung, daß England diese Inseln genommen, wahr sei, bilde dies die Antwort auf Rußlands Befestigung der Elliotgruppe, und da Deutschland Rechte über Schantung geltend mache, deute das Vorgehen auf gewisse Abmachungen zwischen England und Deutschland hin.

Italien.

* Das Appellgericht in Ancona gelangte zu der Ueberzeugung, daß das angebliche Attentat in Alexandrien auf Kaiser Wilhelm von Polizisten in Szene gesetzt war, und wird diese wegen Irreführung der Behörden gerichtlich verfolgen.

* Die ‚Tribuna' schreibt, das Verhalten Italiens setzt eine entschiedene energische Unter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218990318-17/fragment/page=0001

stützung Englands in der italienischen Chinafrage voraus. Darum wird Italien sich ganz frei fühlen, wenn eine befahende Antwort Chinas zu lange verzögert würde. In diesem Falle dürfte Italien zu einem Zwangsmittel greifen.

Spanien.

* Die innere Lage in Spanien läßt zur Zeit keine direkt bedenklichen Symptome erkennen, wenn auch mancherlei Strömungen durch- und gegeneinander gehen, die sich in einzelnen Vorfällen äußern. Wie aus Leon gemeldet wird, fand dort eine großartige Kundgebung zu Gunsten der Armee statt. Die Demonstration werde als ein Protest gegen die Kundgebungen der Karlisten aufgefaßt. Einige Ruhestörungen sollen zu mehreren Verhaftungen Anlaß gegeben haben.

Afrika.

* Die Hungersnot, die seit dem vorigen Jahre in Britisch-Ostafrika geherrscht hat, scheint nun auch auf das deutsche Gebiet hinübergreifen zu wollen.

Asien.

* Die Amerikaner fühlen sich immer noch zu schwach in Manila; die Marineverwaltung in San Francisco hat Anweisung erhalten, sofort Vorkehrungen zu treffen für die Absendung von einem weiteren Regiment, das durch die Nachrichten aus Manila nötig erscheint. Demgemäß wird die „City of Puebla" schon in den nächsten Tagen auslaufen und ihr wird die „Zealandia" folgen. Bis Ende des Monats werden weitere Truppen nach Asien abgehen. Weiter wird aus Amerika berichtet: Die Nachrichten aus Manila sind ernster Natur. Das Kriegsministerium warnt ausdrücklich Frauen von Offizieren, ihren Männern nach Manila zu folgen, da die Lage dort zu unsicher sei. Die bereits in der Stadt befindlichen Damen werden mit den Kindern auf die Schiffe gebracht und haben die Inseln zu verlassen. Die Maßregel erregt geradezu Bestürzung, weil dadurch die Lage auf den Philippinen sehr ungünstig erscheint.

* Eine persische Strafexpedition griff die am persischen Meerbusen gelegene Stadt Linag an, deren Araber-Scheikh sich empört hatte. Nach 36 stündigem Gefecht ergab sich das Fort. Der Scheich, der Westr und die Garnison entkamen; der Verlust der Perser belief sich auf 20 Mann, derjenige der Araber war ungefähr der gleiche. Das britische Kanonenboot „Sphinx" landete seine Mannschaft zum Schutze der britischen Unterthanen.

Von Nah und Fern.

Lübeck. Die Vertiefung des Hafens und des Fahrwassers der Trave bis Travemünde auf 9 Meter soll noch in diesem Jahre beginnen. Der Kostenaufwand beträgt 10 Mill.

Döbeln. Am Montag erlostete hier die Verhaftung eines hiesigen Bauschülers wegen räuberische Erpressung. Der 18 jährige Bauschüler L., eines Lehrers Sohn, kam in die Küche seiner Wirtin, einer Frau Schuster, verriegelte die Thür, hielt der Frau einen geladenen Revolver vor das Gesicht und forderte unter Drohungen Geld. Die Frau gab ihm solches, zeigte aber den Vorfall der Polizei an, die den Menschen, der keine Spur von Reue zeigte, verhaftete.

Frankenberg (Sachsen). Der Gutsbesitzer Wilsdorf sowie dessen Sohn mußten sich nach Berlin begeben, um die Schutzimpfung gegen Tollwut an sich vornehmen zu lassen. Vor einigen Wochen wurde ein Pferd des W. von einem tollen Hunde ins Bein gebissen, eine Wunde jedoch nicht bemerkt; dieser Tage nun äußerte sich plötzlich bei dem gebissenen Tiere die Tollwut, es zersprengte die ihm angelegten Ketten und raste sich binnen wenigen Stunden buchstäblich zu Tode. Auch ein anderes Pferd wurde gebissen, welches sofort getötet werden mußte. Da sich Vater und Sohn bei den Versuchen, die wildgewordenen Pferde zu bändigen, Verletzungen zugezogen hatten, riet ihnen der Arzt, die Schutzimpfung vornehmen zu lassen.

Mainz. In dem nahen Weisenau wurde in der Nacht zum Montag der Zementarbeiter Obermüller aus München ermordet aufgefunden. Der Kreisarzt stellte fest, daß Obermüller durch Messerstiche getötet worden ist. Als mutmaßlicher Thäter wurde der Arbeiter Bähr verhaftet. Doch bestreitet er jede Schuld.

München-Gladbach. Im Streite wegen eines Mädchens erschoß der Weber Schlößer seinen Arbeitsgenossen Böffems auf offener Straße. Der Thäter ist bereits verhaftet.

Siegen. Auf der Zeche Viktoria bei Littfeld stürzte am Montag der Förderkorb 180 Meter tief in den Schacht. Drei Bergleute wurden getötet, einer schwer verletzt.

Breslau. Die Schmiedegesellen Schmidt und Römer sowie Wiedemann, Vater und Sohn, die Ende Februar bei einem hiesigen Hausbesitzer einen Einbruch verübt und für 25 000 Mark gestohlen haben, sind verhaftet worden.

München. Unter dem dringenden Verdacht, in der Nacht vom 12. bis 13. März 1893, also vor 6 Jahren, in Dalmdorf bei Rosenheim den 4 fachen Raubmord mit Brandstiftung begangen zu haben, wurden in der Münchener Vorstadt Au zwei verheiratete Männer in Untersuchungshaft geführt. Wie weit sich der schwere Verdacht als begründet erweist, ist abzuwarten.

Straßburg. Ein Aufsehen erregender Vorfall spielte sich am Montag mittag auf dem Kleberplatze ab. Ein Bäuerlein war bei den drei Musikstücken, welche täglich von der Militärkapelle gespielt werden, zugegen. Hat ihm die Musik so gut gefallen, oder ward ihm sein Geld in der Tasche so schwer, kurzum, er ging in den Kreis zu dem Kapellmeister und bot ihm mit heller Freude einen Thaler an, den der Kapellmeister natürlich ablehnte. Kurz entschlossen sprang der ländliche Musikfreund auf ein Mitglied der Kapelle zu und steckte ihm das Geldstück in den Nacken. Hierauf verschwand unser Bäuerlein seelenvergnügt.

Wien. Der Druckereifaktor der österreichisch-ungarischen Bank, Franz Perik, hat sich, wie berichtet, erhängt. Angst vor einer Haussuchung, die ihm drohte, hat ihn in den Tod getrieben. Der ehemalige Werkmeister des militär-technischen Komitees in Wien, Mechaniker Körber hatte vor einiger Zeit der österreichisch-ungarischen Bank den Antrag gestellt, daß er gegen eine Belohnung von 5000 Gulden eine geplante Banknotenfälschung aufdecken wolle. In einem Schreiben an das genannte Institut behauptete Körber, er habe in Gemeinschaft mit einem Freunde schon einen Plan zur Erzeugung falscher Banknoten ausgeheckt; im Einverständnis mit diesem hätte er eine Wohnung zu dem Zwecke gemietet, um darin die Noten anzufertigen. Bei einer polizeilichen Durchsuchung dieses Hauses fand man in einer Dachbodenabteilung einen Koffer, in welchem sich eine Menge Banknotenpapiers, eine vollständige Kopierdruckpresse und alle für die Erzeugung von Noten benötigten Utensilien befanden. Auch bei dem Freunde Körbers, einem ehemaligen Unterfaktor der österreichisch-ungarischen Bank, wurde eine Reihe von Briefen, die auf den Plan Bezug hatten, und eine Kupferplatte mit der Gravierung einer Zehngulbennote alter Emission vorgefunden und beschlagnahmt. Die Platten waren zur Vernichtung bestimmt gewesen, aber infolge der großen Nachlässigkeit Periks im Depot der Bank geblieben. Auf welche Weise sie von dort entwendet worden waren, ist noch nicht festgestellt. Disziplinarisch wurde Perik für seine Pflichtversäumnis empfindlich gestraft und in seinen Gehaltsbezügen wesentlich zurückgesetzt. Perik befand sich seit dieser Untersuchung in beständiger Aufregung. Dieser Gemütszustand erreichte seinen Höhepunkt, als er vor einigen Tagen erfuhr, daß man in der Bank eine neuerliche Revision der Platten vornehme. Aus Angst vor den Resultaten der Revision hat sich nun Perik entleibt. Er war durch 27 Jahre Beamter der österreichisch-ungarischen Bank gewesen. Die Untersuchungen im genannten Institut werden nun auf diesen ganzen Zeitraum ausgedehnt, da unliebsame Entdeckungen nicht ausgeschlossen erscheinen.

Zürich. Hier wurde ein in italienischer Sprache verfaßtes amerikanisches Manifest angeschlagen, welches zur Revolution und zum offenen Kampfe gegen die italienische Regierung auffordert und bedauert, daß die Arbeiter beim letzten Mailänder Aufstand die Stadt Mailand nicht an allen Ecken und Enden angezündet haben, weil dadurch Verwirrung und Schrecken in die Behörden gebracht worden wäre. Die Verbreiter des Manifestes sind noch nicht entdeckt.

Neapel. Dieser Tage veranstalteten die aufsässigen Universitätsstudenten, da sie sich wegen der Wachsamkeit der Polizei in der Stadt nicht versammeln konnten, eine „Wasserpartie". Fünfhundert Studenten fuhren auf 60 Barken aufs hohe Meer hinaus und hielten in der Nähe von Santa Lucia eine Protestversammlung ab. Ein Student hielt eine Gedenkrede auf Cavalotti. Dann wurde eine Tagesordnung angenommen, die den akademischen Senat auffordert, seine Entlassung zu nehmen, wenn der Unterrichtsminister noch länger im Amte bleibt. Nach dem Ausflug kam es an der Landungsstelle in der Via Cazacciolo zu einem Zusammenstoß zwischen Studenten und Polizisten; die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Brüssel. Am Sonntag wurde hier eine deutsche Schauspielerin namens Sophie Berkefel verhaftet. Sie gehörte einem Berliner Theater an und hatte dort ein kostbares Halsband gefunden, das der Gräfin Anna v. Schweinitz in Berghof gehörte. In Brüssel bot die Diebin den Schmuck dem Hotelier an, der die von Berlin aus bereits verständigte Polizei davon in Kenntnis setzte.

— Die Ex-Fürstin Chimay wird ihren Freund Rigo nun endlich regelrecht heiraten können. Für den ehemaligen Zigeuner bildet diese Heirat natürlich eine Lebensfrage, denn als Geliebter der schönen Klara befand er sich doch immer nur in ziemlich unsicherer Position, da er jederzeit den Laufpaß erhalten konnte. Bis jetzt war an eine Verehelichung des „interessanten" Pärchens nicht zu denken, weil die legitime Frau Rigos ihren lieben Gatten nicht freigeben wollte. Nun soll sie aber weich geworden sein, und der Scheidungsprozeß ist im Gange. Die verlockende Aussicht auf eine fürstliche Jahrespension dürfte diese glückliche Wendung der Dinge herbeigeführt haben.

Lüttich. Die Lokomotive eines von Brüssel kommenden Zuges zeigte am Montag morgen bei der Ankunft in Lüttich große Blutspuren. Zwischen Cortenberg und Herent war ein unbekannter Mensch von der Maschine erfaßt und zerstückelt worden. In der Nähe der Unfallstätte fand man auf einer Hecke Kleidungsstücke hängen, die anscheinend dem Getöteten gehört haben. Es ist die Frage, ob ein Verbrechen oder ein Selbstmord vorliegt.

Kalisch. Im Dorfe Pontnow brannten nachts vier Landgüter ab, wobei 11 Personen verbrannten und 12 schreckliche Brandwunden erlitten.

Warschau. Das Warschauer Professorengericht hat 194 Universitätshörer wegen Teilnahme an einer Protestversammlung von sämtlichen russischen Universitäten ausgeschlossen. Dieselben müssen innerhalb drei Tagen Warschau verlassen. Zehn verhaftete Studenten werden als politische Verbrecher abgeurteilt werden.

New York. Am 4. April wird William Vanderbilt mit Miß Virginia Fair getraut werden. Bräutigam und Braut gehören New Yorker Millionärfamilien an. Der Trauring der Braut hat 200 000 Mark gekostet. Und das bedeutet selbst in den Ver. Staaten etwas. Der Ring mißt einen Zoll im Durchmesser. Miß Fair trägt ihn niemals auf der Straße, wenn sie spazieren geht, sondern nur, wenn sie in ihrer Equipage ausfährt. An der Stelle, an welcher sich der Ring befindet, ist in den Handschuh ein zollgroßes Loch geschnitten.

Gerichtshalle.

Berlin. Wegen Polonisierung seines Familiennamens Gutsch in Guez ist der Tischlermeister Stanislaus Guez in Inowrazlaw, dessen Vater schon nach seiner Verheiratung mit einer Polin im Jahre 1866 sich Guez geschrieben hatte, vom Schöffengericht und vor der Strafkammer in Inowrazlaw zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, obwohl er darauf hinwies, daß er unter dem Namen Guez getauft und in das Kirchenbuch eingetragen sei. Auf die von dem Angeklagten eingelegte Revision hob der Strafsenat des Kammergerichts das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, weil nicht eine Umänderung seines Namens, sondern nur eine Veränderung der Schreibweise vorliege.

Hirschberg. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Buchhalter Sommer von der Hirschberger Maschinenbauaktiengesellschaft wegen Unterschlagung von 10 000 Mk. zu einer Strafe von dreieinhalb Jahr Gefängnis und 1000 Mk. Geldbuße.

Kontz. Das Schwurgericht verurteilte den Aktuar Bucholz wegen Urkundenfälschung und Beiseiteschaffung von Urkunden zu 1 Jahr 6 Monat Gefängnis.

Landsberg a. W. Ein für Gastwirte recht interessanter Rechtsstreit beschäftigte zum zweiten Male die hiesige Strafkammer. Vom Schöffengericht hierselbst war der Gastwirt Hoffmann in Neu-Gennin bei Dühringshof wegen Uebertretung der Polizeistunde zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Die eingelegte Berufung wurde in der zweiten Instanz verworfen. Die Revision des Angeklagten, welcher behauptete, er habe nach zwölf Uhr Speisen und Getränke an Gäste nicht mehr verabreicht, sondern nur an diejenigen Personen, welche den Abend Klavier und Geige gespielt haben, noch ein Butterbrod unentgeltlich abgegeben, hatte Erfolg. Das Kammergericht hatte die Sache nochmals an die Vorinstanz zurückgewiesen, um diese Thatsache festzustellen. Da dieser Beweis gelang, so wurde Hoffmann freigesprochen.

Die Stadt Berlin als Großgrundbesitzerin.

Nach dem soeben erschienenen Bericht der Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Rieselfelder Berlins für das Jahr 1897/98 hat sich der Besitzstand an Rieselfeldern in diesem Jahre um 100 Hektar vermehrt. Er beträgt jetzt somit 9683 Hektar, die sich auf die sechs Administrationsgebiete Osdorf, Großbeeren, Sputendorf, Falkenberg, Malchow und Blankenfelde verteilen. Der Wirtschaftsbetrieb der Rieselfelder hat im Berichtsjahr zuzüglich des Mietszinses für verschiedene Gebäude und Räume einen Ueberschuß von 90 886 Mk. ergeben. An diesem Ueberschuß sind die Bezirke Großbeeren, Falkenberg und Malchow beteiligt, während Osdorf und die neueren Bezirke Sputendorf und Blankenfelde einen Zuschuß erfordert haben.

Im einzelnen ist aus der landwirtschaftlichen Verwaltung der Rieselfelder zu erwähnen, daß starke Regengüsse im Sommer 1897 den Oelfrüchten, namentlich aber dem Roggen, enormen Schaden brachten, so daß hierdurch der finanzielle Gesamtertrag ungünstig beeinflußt worden ist. Der Ueberschuß ist nämlich gegen das Vorjahr um 115 611 Mk. zurückgegangen. Der Winterweizen und die Sommerhalmfrüchte entwickelten sich normal, kamen aber gut unter Dach und gaben eine mittlere Ernte. Die Rieselwiesen gediehen üppig, und fand das Gras guten Absatz. Die Runkeln blieben bei dem kühlen Wetter anfangs im Wachstum zurück, erholten sich dann aber, so daß auf den nördlichen Gütern eine mittlere, auf den südlichen Gütern sogar eine relativ gute Ernte gewonnen wurde. Die Kartoffeln hatten unter der Krockenfäule stark zu leiden. Der Ertrag war infolgedessen gering; nur ein kleiner Teil derselben konnte als Speisekartoffeln, der bei weitem größere als Futterkartoffeln zu niedrigen Preisen Verwendung finden. — In den Baumschulen haben sich die Frühjahrspflanzungen gut entwickelt, doch hatten die zu veredelnden Wildlinge unter Raupenfraß sehr zu leiden. Von den im Herbst 1896 in Blankenburg gepflanzten Obstwildlingen konnten im August 27 000 Aepfel- und 6400 Birnenstämmchen veredelt werden. Die Obsternte selbst war überall gering, trotzdem war der Ertrag bei den Verpachtungen nicht geringer. Die Anzucht der Rosenwildlinge ist aufgegeben. Die Weidenkulturen gaben geringe Erträge, da die Durchschnittspreise für Korbweiden zurückgegangen waren. — Die in den Malchower Fischteichen angestellten Versuche mit Ostseeschnäpelbrut sind bisher geglückt. Auch die Karpfen- und Schleienbrut gedieh vortrefflich und lieferte befriedigende Resultate. — Der Gesundheitszustand unter den Arbeitern war vortrefflich. Die geringe Stärke

Die Weber der Hansa.

8] Novelle von A. R. Rangabé.

(Fortsetzung.)

10.

In diesem Augenblick schmetterten die Trompeten, welche die Abgesandten der Hansa zum Aufbruch mahnten. Oskar umarmte seinen Freund und beeilte sich, das Pferd zu besteigen welches seiner wartete, und mit schwerem Herzen folgte er seinen Genossen zur Kirche.

Nach der Messe, geführt von zwei Kämmerern des Königs und begleitet von einer Abteilung der königlichen Leibwache, setzten sich die Hanseaten nach dem Schlosse in Bewegung. Im ersten Schloßhofe wurden sie mit Musik empfangen und die aufgestellte Wachmannschaft erwies ihnen die militärischen Ehren. Im zweiten Hofe waren die königlichen Stallmeister, welche die Zügel der Pferde aus den Händen der Gesandten nahmen, die, nachdem sie die breite Treppe hinaufgestiegen waren, durch eine Doppelreihe von Dienern schreitend, in einen prächtigen Saal geführt wurden, wo ihrer ein köstliches Frühmahl wartete.

Endlich, als sie das Mahl kaum halb vollendet, erschallte der dumpfe Ton einer Glocke. Die Gesandten erhoben sich sogleich, und nachdem sie eilig mehrere Säle durchschritten, blieben sie vor einer reichvergoldeten, geschlossenen Thür stehen. Hier warteten sie schweigend und mit verhaltenem Atem einige Minuten. Dann wurde die Thür geräuschvoll aufgerissen und zwei königliche Leibwächter, welche zu beiden Seiten derselben standen, riefen mit lauter Stimme, indem sie ihre silbernen Stäbe auf den Boden stießen: „Die Abgesandten der Hansa!"

Zu gleicher Zeit wurden von beiden Seiten die reichen Falten eines schweren rotseidenen Vorhanges zurückgezogen und sie blickten in das Innere des Thronsaales, der ganz mit demselben Stoffe ausgeschlagen war und von goldener Verzierung glänzte. Die Herren des Hofes, in reicher Kleidung, umgaben den Thron, auf welchem der König, angethan mit den Insignien seiner Würde, stand. Ueberrascht von diesem großartigen Schauspiel, beugten die Gesandten die Kniee, sobald sie in den Saal eingetreten waren, wie es die Etikette vorschrieb, und neigten sich bis zur Erde. Aber als der Kanzler sie aufgefordert hatte, dem König den Zweck ihres Kommens darzulegen und sie sich wieder erhoben hatten und den Blick auf den König richteten, ertönte aus ihrer aller Munde ein unterdrückter Schrei des Erstaunens und das Wort erstarb auf ihren Lippen. Wie betäubt stand Oskar da, er mußte sich an einer Säule halten, um nicht umzusinken, als auch er in dem Könige von Dänemark den einstigen Weber Christian wieder erkannte.

„Seid ihr etwa mit Stummheit geschlagen, ihr Herren Gesandte," sagte der König streng. „Männer der Hansa, ich weiß, was euch nach Kopenhagen führt. Ihr habt geglaubt, daß ich Dänemark nur euretwegen regiere. Ich habe unter euch gelebt und die Schürze des Webers getragen, um euer Handwerk zu erlernen und jene köstliche Quelle des Wohlstandes in meine Lande zu verpflanzen. Geht, seht euch meine neuen Werkstätten an, ob sie nicht denen von Bergen ebenbürtig sind. Aber sie sind neu und bedürfen des Schutzes."

„Majestät," erwiderte der Aelteste der Abgesandten, „jenes Gesetz richtet die Weber der Hansa zu Grunde, nimmt den Familien das tägliche Brot und bringt sie an den Bettelstab."

„Gildemeister Heinrich," antwortete der König, „du bist meines Wissens ein Schmied?"

Der Abgesandte verneigte sich schweigend bis zur Erde.

„Deshalb steht es dir nicht zu, dich in die Angelegenheit der Weber einzumischen. Befinden sich unter euch welche von der Webergilde, will ich sie anhören, die anderen mögen sich zurückziehen."

Er neigte leicht den Kopf, wie um sie zu entlassen. Mit tiefer Verbeugung entfernten sich die Gesandten, nur Oskar allein blieb zurück.

Der König winkte mit der Hand den Herren des Hofes, worauf diese durch eine andere Thür den Saal verließen, so daß er sich allein dem Weber gegenüber befand, der regungslos, stumm und wie niedergeschmettert vor ihm stand.

„Junger Mann," sagte der König, auf Oskar zutretend, „ich habe mich in vergangener Zeit ungerecht und hart gegen dich gezeigt. Heute bin ich bereit, dich dafür königlich zu entschädigen. Dir zu Gunsten bin ich geneigt, bei deinen Genossen vieles zu übersehen. Sprich, was begehrst du von mir?"

Oskar, der sich wieder aus seiner Betäubung erholt hatte, fiel vor dem König auf die Kniee und mit erhobenen Händen rief er mit heiserer Stimme: „Majestät, Elga —"

„Elga?" sagte der König lächelnd, mit verstelltem Erstaunen. „Ach, das ist wohl das hübsche Mädchen aus der Weberherberge in Bergen, sie hieß ja Elga, was ist es mit ihr? Wo ist sie jetzt? So viel ich mich entsinne, solltest du sie heiraten, war es nicht so?"

Aber ohne sich zu erheben, fuhr Oskar mit leidenschaftlicher Aufregung fort:

„Man will Elga ermorden, Majestät, man will sie vergiften, retet Elga!"

„Was soll das heißen?" fragte der König ernst werdend.

„Zwingen mich Eure Majestät nicht, durch lange Erklärungen die kostbaren Minuten zu verlieren. Heute ist ein Mann abgeschickt worden, den Mord zu vollziehen. Gebt mir die Erlaubnis, sogleich zu ihr zu eilen, vielleicht ist es noch Zeit, sie zu retten."

„Dir die Erlaubnis geben —," sagte der König unschlüssig. Dann schrieb er lächelnd einige Worte auf einem mit seinem Siegel versehenen Papier und reichte es Oskar hin.

„Geh', rette sie."

„Aber wo finde ich sie?" fragte Oskar, das Papier nehmend. „Wo wohnt sie?"

„Das weißt du nicht und kommst her, es von mir zu erfahren? Es sei, Oskar, du siehst, wie nachsichtig ich gegen dich bin, und wie bereit, mein früheres Unrecht gegen dich gut zu machen. Sie wohnt auf der Insel Amake. Geh', rette sie. Was den Zweck eurer Gesandtschaft anbetrifft, so werde ich denselben in Erwägung ziehen."

Oskar küßte die Hand des Königs und stürzte aus dem Saale, während der König ihm

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218990318-17/fragment/page=0002

der Häuslingskommandos verlangte wiederum die Mehreinstellung freier Arbeiter. Die Tage- und Akkordlöhne blieben bei dem gesamten Arbeiterpersonal dieselben.

Reines Wasser.

Die ‚Bohemia' schreibt: „Eine seltsame Giftwirkung ist in jüngster Zeit in ihren Ursachen festgestellt worden. Bei Gastein ist eine Quelle, die, obwohl rein und klar, doch seit Jahrhunderten schon „Giftbrunnen" geheißen, und deren Wasser nicht getrunken wird. Vergebens hat man sich bemüht, zu erforschen, was eigentlich der „Grund" dieser Giftigkeit sei; man fand durch die chemische Untersuchung absolut keinen Stoff, den man hätte beschuldigen können, es fanden sich nicht mehr Bacillen, nicht mehr Salze und mineralische Bestandteile als in anderen Wassern, im Gegenteil viel weniger. Das Wasser dieses Brunnens mußte als im höchsten Maße „rein" bezeichnet werden — und dennoch hatte man wiederholt die Erfahrung gemacht, daß es nachteilig wirke, ja, daß es, in größeren Mengen genommen, sogar bedenkliche Erscheinungen, heftiges Erbrechen und in der Folge einen schweren Magenkatarrh hervorzurufen im stande war. Nun hat H. Koeppe das Phänomen erklärt: die Ursache der Giftwirkung des Wassers ist — seine allzugroße Reinheit. Die Deutung ist einfach. Reines Wasser, d. h. solches, welches weder durch mineralische noch durch organische Beimengungen verunreinigt ist, hat die Eigenschaft, Salze, wo es solche in leicht zugänglicher Form antrifft, an sich zu ziehen, bis zu einem gewissen Grade der Sättigung. Da nun die oberflächlichen Zellen der Schleimhäute Salze enthalten, erfahren sie durch das reine Wasser eine schwere Schädigung; das Wasser entzieht ihnen ihre Salze und bringt sie zum Absterben; sie quellen auf und werden abgestoßen. Man kann diese Wirkung leicht feststellen, indem man solch chemisch reines Wasser mit dem Protoplasma einer lebenden Zelle zusammenbringt; das Protoplasma verändert sich rasch, es quillt und die Zelle stirbt. Ereignet sich das auf der Magenschleimhaut, so hat man das ausgesprochene Bild eines Magenkatarrhs, der je nach den Umständen leichter oder schwerer ist. Auf diese förmliche Giftwirkung des reinen Wassers ist das manchmal beobachtete Erbrechen beim Eisschlucken zurückzuführen, und das ist auch der Grund, weshalb erfahrene Touristen vor dem Genusse von Schnee- und Gletscherwasser, sowie des Wassers der klaren Gebirgsbäche warnen. Nicht die Kälte ist in diesen Fällen das Schädliche, wie man wohl denken könnte, sondern die allzugroße Reinheit des Wassers. Ein merkwürdiger Widerspruch in sich!"

Aus Paris.

Der Jardin des Plantes in Paris ist in einer üblen Lage, denn Frankreich hat kein Geld für die Tiere übrig. In der Deputiertenkammer wurde dieser Tage ein Antrag des Abgeordneten Chauvière abgelehnt, welcher das Budget des Jardin des Plantes um 131 000 Frank erhöhen wollte, um das Dasein der im Pariser Zoologischen Garten untergebrachten Tiere zu verbessern. Das Los derselben scheint kein glückliches zu sein. Wohnung, Heizung und Nahrung lassen zu wünschen übrig, versichert der genannte Deputierte. Daher sterben mit Eintritt der rauhen Jahreszeit die Pfleglinge des Gartens dahin wie Fliegen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, daß die Fütterung der Tiere jährlich die Summe von 45 000 Frank kostet. Da der Garten mehr als 1200 Tiere zählt, kommt auf das einzelne täglich die bescheidene Summe von ungefähr 10 Centimes. Diese Durchschnittsziffer ist freilich graue Theorie. In der Praxis gestaltet sich die Sache anders. Während sich der Kolibri und viele seiner kleinen Genossen mit einem Nichts begnügen, verzehrt der Seelöwe jährlich die ansehnliche Summe von 4000 Frank. Er verlangt täglich seine 10 Kilogramm Fische und läßt sich nicht mit zweifelhafter Ware abspeisen, wie sie etwa arme Leute zu herabgesetzten Preisen in den Markthallen kaufen. Er fordert tadellos frische Fische, und wenn ihm diese nicht geliefert werden, droht er der Verwaltung mit seinem Tode. Dieser anspruchsvolle Herr lebt auf einem Fuße, daß sein Budget den Neid der meisten Menschen und der Tierwelt erwecken dürfte. Andere Tiere nehmen es mit der Sauberkeit der Mahlzeiten weniger genau. Die Hyäne und der Schakal ziehen z. B. die Quantität der Qualität vor. Schwierig ist die Ernährung der Affen, denn sie lieben eine abwechselungsreiche und gewählte Speisekarte und neigen zu Magenbeschwerden, denen das Publikum Vorschub leistet, wenn es ihnen trotz des Verbotes schädliche Bissen zuwirft. Meister Petz dagegen, hierzulande Martin genannt, hat kräftigere Verdauungsorgane und wird zum Teil vom Publikum ernährt, dem er gegen jedes Stückchen Brot seine Künste zum besten gibt. Er entlastet dadurch an seinem Teil das Budget des öffentlichen Unterrichts, zu welchem er die Ehre hat zu gehören. Kürzlich hatte der Garten einen schmerzlichen Verlust durch den Tod des Nilpferdes zu beklagen, das die Freude der Kinder und der Kindermädchen bildete. Um einen Ersatz zu schaffen, mußte die Verwaltung 20- bis 30 000 Frank ausgeben, denn diese Tiere sind sehr teuer. Die Kammer hat aber, wie gesagt, die nötigen Kredite abgelehnt.

Todesfälle infolge von Trunkenheit.

Man hat in letzter Zeit so viel über den Alkoholmißbrauch in Frankreich geschrieben und gelesen, aber unser Nachbar jenseits der Vogesen ist in dieser Hinsicht zweifellos immer noch besser gestellt als England. In England ist man allerdings eifrig bemüht gewesen, eine allmähliche Abnahme der Unmäßigkeit herauszurechnen, aber ein neulich von Dr. William Carter in Liverpool gehaltener öffentlicher Vortrag hat ein Bild entrollt, das diesen frommen Wahn mit einem Schlage vernichtet. Der genannte englische Arzt gibt nichts weiter als eine Statistik der Todesfälle infolge von Trunkenheit. Das letzte Jahr, aus dem die Angaben vollständig vorliegen, ist das Jahr 1896. Damals starben von 1 000 000 männlicher Einwohner Englands 91 und von 1 000 000 weiblicher Einwohner 52 Personen an Alkoholmißbrauch. Diese Verhältniszahlen zeigen gegenüber dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre eine ganz beträchtliche Steigerung. Dr. Carter äußerte sich selbst darüber folgendermaßen: „Jahr für Jahr hat ohne eine einzige Unterbrechung in ihrem grausamen und erbarmungslosen Fortschritt die Sterblichkeit infolge von Trunkenheit zugenommen und nimmt noch weiter zu, und was schlimmer ist als alles andere und was das Bewußtsein des ganzen Volkes zu einer energischen Abwehr dieser Gefahr aufrütteln sollte: die Todesfälle unter den Frauen nehmen weit stärker zu als unter den Männern." In den Jahren 1876—1880 starben von je 1 000 000 Einwohnern über 38 durch direkte Wirkung von Alkohol, in den Jahren 1891—95 aber betrug die durchschnittliche Zahl von Todesfällen aus demselben Grunde 68, was einer Zunahme von 80 Prozent in 15 Jahren gleichkommt. Unter den Männern war die Zunahme in dieser Zeit nur 42 Prozent, aber unter den Weibern über 100 Prozent. Wohlverstanden geben diese Zahlen nur die Sterblichkeit an, die als direkte Folge von Trunkenheit zu bezeichnen ist. Dazu kommt nun aber noch ein erheblicher Betrag von anderen Todesfällen, die ebenfalls als eine Folge des Alkohols anzusehen sind, also namentlich derjenigen an chronischer Leberentzündung. Die Sterblichkeit an dieser Krankheit hat sich in den letzten 30 Jahren in England unter den Männern vdreifacht, unter den Frauen aber vervierfacht. Angesichts dieser Thatsachen ist es vollberechtigt, darauf hinzuweisen, daß die Aufmerksamkeit der Behörden daran beinahe achtlos vorübergeht, während jede Zunahme in der Sterblichkeit an einer anderen Krankheit mit möglichster Schnelligkeit durch energische Maßnahmen beantwortet wird. Aus Liverpool gibt Dr. Carter dafür ein bezeichnendes Beispiel. Als die Sterblichkeit am Typhus in den Jahren 1877—81 die Durchschnittsziffer von 22,4 auf 1 000 000 Einwohner erreichte, entstand unter den ärztlichen Beiräten der städtischen Behörden eine wahre Panik, und sofort wurde die Gesetzgebung für allerhand Maßregeln in Bewegung gesetzt, die auch in der That den Erfolg hatten, die Sterblichkeit am Typhus bis auf 2 zwei von je 1 000 000 zu vermindern. In derselben Zeit aber fand jene ungeheure Sterblichkeit an Alkoholmißbrauch statt, und zu ihrer Verminderung hat niemand einen Finger gerührt.

Die Palme im Zimmer.

Die größte Freude eines Blumenliebhabers ist nicht bloß, blüten- oder blattfrohende Pflanzen vom Gärtner zu beziehen und im freundlichen Zimmer Winter und Sommer mit Sorgfalt zu pflegen, sondern vor allem auch die Anzucht von Pflanzen aus Samen. Nicht allen Blumenfreunden nun dürfte es bekannt sein — wenigstens nicht aus der Praxis, wohl aber vielleicht aus dem kleinen Lehrgedicht —, daß man eine schöne, dauerhafte Palme aus Samen mit Leichtigkeit ziehen kann. Es ist die vielbeliebte Dattelpalme, mit lateinischem Namen Phönix dactylifera genannt, jene für die Wüstengegenden Nordafrikas und des südwestlichen Asiens so wichtige Kulturpflanze, die auch in Südspanien und bei Nizza so herrliche Palmenwälder bildet. Der Stamm dieser nützlichen Palmenart wird gewöhnlich 15—25 Meter und darüber hoch; die am oberen Ende des Stammes eine graziöse Krone bildenden Blätter werden gegen 3 Meter lang, eine ausgewachsene Palme kann jährlich gegen zwei Zentner Datteln liefern. Wenn auch der Blumenfreund schon aus räumlichen Gründen nicht den Ehrgeiz des „gern Datteln essenden Knaben" haben kann, stammhohe, fruchttragende Palmen zu züchten — ein Erfolg, den selbst in botanischen Gärten zu erzielen schwer fällt — so vermag er doch aus dem kleinen länglichen, gefurchten Dattelkern ein Pflanze zu ziehen, die ihn während der verschiedenen Stadien ihres Wachstums sowohl wie durch die nach Jahren erzielten prächtigen Blätter aufs höchste erfreut. Die wedelförmigen Blätter werden in Italien und Spanien in großen Massen bei Prozessionen und dergl. benutzt. Die Kunstgärtner, die ihre Pflanzen um des raschen Gewinnes wegen züchten, können natürlich nicht ein solches, wie wir es nach selbsterprobter Art im folgenden zu schildern beabsichtigen, machen; diese züchten ihre mehrere Fuß hohen Dattelpalmen, die ihre Kunden zur Zimmerdekoration sehr gern kaufen, nicht aus Samen, sondern aus importierten Schößlingen. Will nun der junge Blumenfreund eine Dattel aus einem Kern ziehen — Kindern macht das besonderen Spaß, und mögen daher Eltern ihren Kindern mit Berücksichtigung dieser Zeilen Anleitung zu dem freudebringenden Versuch geben — so lasse er sich zunächst die beim Krämer billig erstandenen Datteln gut schmecken, wasche die Kerne in lauwarmem Wasser sauber ab, wähle aber zum Einflanzen nur die größten, hellfarbigsten und „drallsten" Fruchtkerne aus. Sodann füllt man einen etwa 15 Zentimeter hohen, nicht allzu breiten Blumentopf mit guter Erde, bestehend aus Gartenerde, grobem Sand und etwas Lehm, und legt, zunächst der Einfachheit halber, gleich mehrere Kerne (etwa fünf Stück) horizontal und die Keimspitze seitwärts zwei Finger tief in die Erde. Um den über ein Vierteljahr dauernden Prozeß der Keimentwickelung zu beschleunigen, stellt man den Topf in die nicht zu heiße Ofenröhre (etwa 25—27 Grad), hält aber die Erde stets recht feucht. Dann wird man bereits nach vier Wochen das Vergnügen haben, zu sehen, wie die Dattelkeime ähnlich den Getreidespriießen aus der Erde neugierig hervorlugen. Jetzt ist es Zeit, die einzelnen kleinen Dattelpflänzchen mit ihren verhältnismäßig recht langen Wurzeln in je einen besonderen Topf zu verpflanzen. Die rattenschwanzähnliche Wurzel muß vorsichtig in Windungen eingelegt werden, damit dieselbe nicht allzutief senkrecht weiter wachsen kann und den Topf gleich auswurzelt. Nach etwa einem Jahr zeigt die Dattelpalme ein oder zwei schmale, lanzettliche Blätter, etwa 15 Zentimeter lang, 1 bis 2 breit, und dreibis viermal geknüpft. Einige Jahre weiter und das immer noch lanzettlich geformte Blatt verbreitert sich allmählich bis zu 5 Zentimeter, reißt dann von oben in den Falten ein; bald trennen sich auch die seitlichen Falten, so daß nach Ablauf von etwa 5 bis 6 Jahren alle Falten eingerissen sind, und ein neu hervorsprießendes Blatt nunmehr eine fächerartige Form zeigt. Dann sieht man an seinem Pfleglling zugleich alle Stadien der Entwickelung, bis auf die letzte, die schönste: schmallanzettliches, breitlanzettliches Blatt, sperrige Falten, eingerissene Falten, fächerförmiges Blatt. Nach sieben Jahren kommen dann endlich die ersehnten gefiederten Blätter zum Vorschein, und die Palme präsentiert sich dem liebevollen Pfleger als echte Dattelpalme, wie man sie beim Gärtner kauft. Die Behandlung der Dattelpalme ist recht einfach: jährliches Umpflanzen in Erde wie oben angegeben, stetes Feuchthalten, öfteres Bespritzen, sonniger Stand, im Winter eine Zimmertemperatur von 8 bis 10 Grad Wärme. Hat eine solche Dattelpalme bei guter Pflege zehn Jahre überdauert, so wird jeder Blumenfreund stolz sein, seinen Bekannten eine selbstgezogene Dattelpalme vorzeigen zu können. Also, ihr jungen und erwachsenen Palmenliebhaber, versäumt nicht sogleich (besser wäre es schon im Februar geschehen) Kerne zu legen, damit dem Pflänzchen ein warmer erster Sommer beschieden ist.

Buntes Allerlei.

Telegraphie nach Cerebotani. Monsignore Prof. Dr. Cerebotani führte in München in einem Experimentalvortrage seine neuesten Erfindungen auf dem Gebiet der einfachen Telegraphie, der Wielfachtelegraphie und der Autometeoro-Telegraphie vor. Cerebotanis Neuerungen bezwecken unter Anwendung einer einzigen Fernleitung die Erlangung einer größeren Rapidität in der Beförderung der Depeschen, einer leichteren Behandlung und der Zuverlässigkeit und Echtheit der telegraphischen Mitteilungen. Verblüffend ist sein System der Handschriftübermittelung, d. h. die Uebermittelung von Handschriften oder Zeichnungen auf elektrischem Wege. Es werden dieselben Schriftzüge, welche die sendende Hand auf der Aufgabestation traciert, auf der Empfangsstation wiedergegeben. Cerebotani ermöglicht, zehn-, ja zwanzigmal schneller als bisher zu telegraphieren, mehrere Depeschen nach einer Richtung durch einen einzigen Apparat auf einmal zu schicken u. s. w. Den Schluß der Vorführungen bildete die Autometeoro-Telegraphie, die darin besteht, daß eine meteorologische Station bezw. ein Eisenhäuschen, wo immer aufgestellt, das sämtliche meteorologische Apparate enthält, den Stand ihrer Instrumente (Thermometer, Barometer, Hygrometer, Pluviometer 2c.) beliebig weit vermittelst des elektrischen Stromes selbst transmittiert, d. h. wann und wo man will, ohne Mitwirkung eines Beamten anzeigt. Dem Publikum ist also — um von einer populären Anwendung des Apparats zu sprechen — Gelegenheit gegeben, durch Automaten zu jeder Stunde zu erfahren, wie es sich mit dem Wetter an einer Küste, auf Bergen verhält.

Gegen das Küssen. Die moderne Frauenbewegung treibt wundersame Blüten, zumal in Amerika, wo die Frauen nicht um Gleichberechtigung zu kämpfen haben, weil sie ohnedies mehr Rechte als die Männer besitzen. Die neueste Kuriosität in dieser Richtung ist ein Antrag, den eine Frau Margarete Lindley in ihrer Eigenschaft als Delegierte eines Frauenvereins der gesetzgebenden Versammlung des Staates New York vorgelegt hat. Er geht dahin, ein Gesetz zu erlassen, welches das Küssen als ungesund und unmoralisch verbietet. „Warum küssen sich die Menschen?" fragt schon Hildigeiger, der philosophische Kater.

* * *

Leider! „Was wißt ihr Männer denn von den Damenkleidern?!" — „Den Preis!"

Radfahrer-Latein. Radler (erzählend): „. . . Voriges Mal wären wir aber bald recht naß geworden, ein kolossales Gewitter stieg hinter uns bräuend auf, schon schoß uns der Blitz nach, konnte uns indes nicht mehr erreichen."

DRUCK: H. ARENDT, BERLIN.

---

lachend nachsah, indem er sagte: „Du hast eine sehr gewöhnliche Kriegslist angewandt, mein Freund, um mich zu täuschen."

11.

Ohne den anderen Abgesandten Rede zu stehen, eilte Oskar in den Schloßhof, ergriff den Mantel eines der dort anwesenden Diener, warf ihn um seine Schultern, um seine reiche Kleidung zu verhüllen, ebenso einen Hut, den er tief in die Stirn zog, schwang sich auf sein Pferd, stieß ihm die Sporen in die Weichen und sprengte in rasendem Galopp in der Richtung nach der Insel Amake zu.

Nach einem mehrstündigen Ritt hatte er das Ufer erreicht; er warf einem der dort stehenden Lastträger die Zügel seines Pferdes zu, sprang in ein Boot, und dem Ruderer die Ordre des Königs zeigend, rief er: „Nach der Insel."

Der Schiffer zauderte einen Augenblick, denn es war auf das strengste verboten, sich der Insel zu nähern. Aber der Anblick des königlichen Siegels und noch mehr die königliche Freigebigkeit Oskars überwand seine Bedenklichkeiten. Nach wenigen Minuten war die Ueberfahrt über die schmale Meerenge vollzogen und der junge Mann sprang ans Land. Eiligen Schrittes strebte er dem einzigen Gebäude zu, das teilweise von hundertjährigen Bäumen verdeckt in der Mitte des Eilandes sich erhob.

An der Thür standen zwei bewaffnete Wachen, die ihm ihre Hellebarden entgegenhielten und ihm den Eintritt versagten.

„Platz, im Namen des Königs!" sagte Oskar, den schriftlichen Befehl vorzeigend.

Augenblicklich senkten sich die Hellebarden und Oskar sagte mit Donnerstimme: „Ist vor mir niemand in dies Haus gegangen?"

Blaß und zitternd vor Furcht antwortete der eine der Wächter: „Niemand, außer einer armen alten Frau — die die Zukunft verkündet."

„Eine alte Frau!" schrie Oskar, den Mann bei der Gurgel fassend und ihn mit sich die Treppe hinaufschleppend.

An der Thür des Gemaches angelangt, das die schöne Gefangene bewohnte, stieß er dieselbe mit der Gewalt eines Wahnsinnigen auf, stürzte hinein und erblickte Elga und Grumbrige. Grumbrige in Lumpen, bleich als sei sie dem Grabe entstiegen, zitternd wie ein Blatt im Herbstwinde, hielt das junge Mädchen in ihren Armen, die weinend und schluchzend eben im Begriff war, einen Brief zu öffnen, den sie in der Hand hatte.

Ohne ein Wort zu sprechen, ohne auf die Ausrufe des Erstaunens der beiden Frauen zu achten, stürzte Oskar vor, entriß den Brief Elgas Händen und warf ihn in das Feuer, welches im Kamin brannte.

„Was hast du gethan?" rief Grumbrige zornig. „Was treibt dich zu einer Handlung so niedriger Rachsucht? Jener Brief war für die Zukunft meiner Enkelin von höchster Wichtigkeit!"

„Es steht vielmehr mir zu, dich zu fragen, was dich bewogen, ihr diesen Brief zu bringen? Sieh ihn an, diesen Brief."

In diesem Augenblick hatte das Feuer den Brief erfaßt, eine grüne Flamme flackerte empor und ein schwarzer übelriechender Rauch verbreitete sich in dem Gemache.

„Der Brief war vergiftet!" schrie die Alte und das Blut erstarrte in ihren Adern.

„Vergiftet!" sagte Elga. „Was bedeutet das? Wie kommt ihr beide hierher? Warum brachtest du, Großmutter, mir diesen Brief? Um Gott, gebt mir Aufklärung! Wo kommst du her, Großmutter?"

„Wo ich herkomme?" fragte die Alte. „Aus allen vier Weltgegenden. Zu Fuß habe ich die Niederlande und Deutschland durchzogen. Ich habe die Nächte auf den Schwellen der Herbergen zugebracht, überall wo Weberwerkstätten vorhanden, bin ich umhergeirrt und habe nach dir Undankbaren gesucht, bis ich endlich nach Dänemark gekommen. Eines Tages, als ich an den Ufern der Meerenge umherschlich, sah ich ein kleines Schiff, in dem Schiff erblickte ich eine verhüllte Frauengestalt, aber trotz der Umhüllung glaubte ich dich in ihr erkannt zu haben. Wie eine Wahnsinnige lief ich am Ufer hin und her, bis ich eine kleine Fischerbarke gewahrte, ich verlangte von dem Fischer, er sollte mich in derselben Richtung hinausrudern, welches jenes Boot genommen hatte, in dem ich deine Gestalt gesehen. Aber der Fischer weigerte sich, indem er sagte, daß es jedem Fahrzeuge bei strenger Strafe untersagt sei, sich dem Eilande zu nähern: da reichte ich ihm fast meine ganze Barschaft hin, und er brachte mich heimlich um Mitternacht hinüber nach der Insel.

„Tag und Nacht umschlich ich das Haus, aber jedesmal, wenn ich versuchte, mich demselben zu nähern, trieben die Wächter mich von hinnen. Jedoch kaum hatten sie den Rücken gewendet, so erneuerte ich meine Versuche, ich wollte ja nur die Bewohnerin des Hauses sehen und mich überzeugen, ob sie diejenige sei, welche ich mit meinem Herzblute genährt und die aus meinen mütterlichen Armen geflohen.

„In dem dichten Gebüsch, wo ich mich verborgen hielt, begegnete ich eines Tages einem Manne, der ein Gespräch mit mir anknüpfte, das sich hauptsächlich um das Haus und dessen Bewohnerin drehte. Ihr werdet leicht begreifen, wie wichtig jenes Gespräch mir erschien, aber anstatt von ihm zu erfahren, was ich zu wissen wünschte, war ich es, die ihm sagte, wie sehr mich danach verlange, Zutaß in dem Hause zu erlangen und wie unmöglich es sei.

„Der Mann kam zu öfteren Malen, er mußte ein eigenes Boot haben, denn keiner der Schiffer des Landes würde es gewagt haben, ihn überzusetzen. Heute morgen kam er wieder und übergab mir den Brief.

„Er ist von höchster Wichtigkeit für das Schicksal der Frau, welche jenes Haus bewohnt," sagte er. „Noch heute muß sie dies Schreiben erhalten. Laßt kein Mittel unversucht, Euch Einlaß zu verschaffen."

Dann reichte er mir eine schwere Börse.

Sogleich eilte ich zu den Wächtern, und nachdem ich deren Habgier befriedigt, ließen sie mich ein, um dir, ohne daß ich es geahnt hätte, den Tod zu bringen. Hättest du den Brief erbrochen, du wärest wie von einem Blitzstrahl getroffen niedergefallen. Dein Retter aus den Wellen des Hafens von Bergen ist es, der dazu bestimmt war, dich abermals zu retten."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218990318-17/fragment/page=0003

Vermischtes.

Für den Wahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz wurde bei der Ersatzwahl zum preußischen Abgeordnetenhause in Weißenfels Rittergutsbesitzer Dippe (ntl.) gewählt.

Naumburg, 15. März. [Marktpreise.] Butter 2—2,10, Eier 2,70—2,90, Kapaunen 1,75 bis 2,25, Truthähne 4—5, Hühner 1,40—1,60, Kaninchen 0,90—1, 1 Sch. Käse 2,40—2,60, 1 Ztr. Kartoffeln 2,40—2,50, 1 Mdl. Sellerie, Rotkraut 1,10—1,50 Mark, Kohlrüben, rote Rüben 50—55, Kohlrabi 45—50, Porree 25 bis 30, 2 Liter Zwiebeln 30—35, Backobst 25 bis 30, Rosenkohl 20—25, 1 Mdl. Salat, 1 Korb Spinat 80—90, Kohl, 1 Sch. Möhren 70—80, 1 Bund Brunnenkresse 20—25, Radieschen 10—12, Köpfe, Kraut 25—30, Tauben, Hähnchen 75—90 Pfg.

Oldisleben. Wie man erfährt, hat sich das Befinden der Frau Müller sehr gebessert (Es soll nunmehr Hoffnung vorhanden sein, daß sie als einziges Opfer den räuberischen Mordanfall überlebt. Auskunft über den Mörder soll von ihr nicht zu erwarten sein, da sie sich nicht das Geringste an den Vorgang erinnert. Auch ist der Frau Müller allmählich von den schrecklichen Folgen des Ueberfalles Kenntnis gegeben worden, so daß sie nun weiß, daß ihr Gatte mitsamt den Kindern den erlittenen Verletzungen erlegen sind. Es ist hierbei seitens des behandelnden Professors der richtige Zeitpunkt wahrgenommen worden, da von einer späteren Mitteilung schlimme Folgen zu vermuten waren. Jedenfalls kommt die Frau, wenn es ihr Zustand erlaubt, die Reise nach Jena antreten zu können, nach der Universitäts-Klinik zur sorgfältigen Untersuchung und ev. Einsetzung einer silbernen Platte auf die offene Stelle der Schädeldecke. Die in der Presse verbreitete Mitteilung, der verdächtige Schmied Börner sei aus der Haft entlassen worden, ist nicht zulässig.

Verhandlungen des Königl. Schöffengerichts zu Nebra

am 16. März 1899.

1) Der Dienstknecht Richard Weise aus Niederschmon, welcher während seiner Dienstzeit bei dem Mühlenbesitzer Laute zu Grabenmühle einem diesen gehörigen Sack mit Hafer entwendete, erhält wegen Diebstahls 4 Tage Gefängnis auferlegt.

2) Die Ehefrau Wilhelmine Frenzel, die Ehefrau des Schuhmachers Drese, die Ehefrau des Schneiders Schumann, der Arbeiter Willy Schumann, alle von hier, werden wegen Forstdiebstahls je mit 1 Mk. Geldstrafe ev. 1 Tag Gef. bestraft.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag Judica.
Um 10 Uhr: Prüfung der Konfirmanden.
Herr Oberpfarrer Schwieger.
Es predigt um 2 Uhr:
Herr Diakonus Beisert.
Amtswoche Herr Diakonus Beisert.

Getauft: Am 14. März Anna Martha Lina Fritzsche.

Beerdigt: Am 14. März Bernhard Franz Zeigermann, 17 Tage alt; am 16. März August Hermann Linge, Feldhüter, 64 Jahre 11 Monate 9 Tage alt.

Mittwoch, den 22. März, Abends 1/2 8 Uhr
6. Passionsgottesdienst.
Es predigt Herr Diakonus Beisert.
Beim Ausgang werden Gaben für die Beleuchtung der Kirche gesammelt.
Sonntag, Abends 1/2 8 Uhr
Jungfrauenverein.

„Sehr nahrhaft und für Kranke sehr zuträglich ist der Zucker."
(P. Dr. E. v. Leyden, Geh. Medizinalr. in Berlin, Handb. d. Ernährungstherapie u. Diätetik S. 242.)

Neubestellungen auf den „Nebraer Anzeiger" für das 1. Quartal 1899 nehmen die kaiserlichen Postanstalten, unser Bote, sowie die Expedition entgegen, und beträgt der Abonnementspreis bei Abholung von der Expedition 1,05 Mk., durch unsern Boten mit Bringerlohn 1,20 Mk. gegen Vorausbezahlung und Aushändigung der Quittung, durch die Post bezogen 1,20 Mk., durch die Briefträger ins Haus 1,45 Mark incl. Bestellgeld.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das diesjährige **Musterungsgeschäft** wird für die Stadt **Nebra** am
Mittwoch, den 5. April 1899, Vormittags 10 1/4 Uhr,
im Gasthofe zum Rathskeller
hierselbst abgehalten.

Es sind dabei alle wehrpflichtigen Personen, welche im Jahre 1879 und früher geboren, bisher aber weder ins stehende Heer eingestellt, noch durch eine endgültige Entscheidung einer Ober-Ersatz-Commission von der Gestellungspflicht befreit worden sind, zur Vorstellung zu bringen.

Nichtbefolgung der Vorladung von Seiten der Militairpflichtigen wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

Gestellungspflichtige, welche, nachdem die Ortsbehörden die Recrutirungs-Stammrollen eingereicht haben, noch zugezogen sind, müssen ebenfalls zur Vorstellung gebracht werden.

Ist ein Pflichtiger am Erscheinen durch Krankheit verhindert, so muß darüber ein Kreisphysikatsattest oder ein von einem anderen Arzte ausgestelltes und von der Polizeibehörde beglaubigtes Zeugniß beigebracht werden.

Der Anstand erheischt es, daß die Militairpflichtigen in durchaus reinlichem Zustande vor der Ersatz-Commission erscheinen.

Die **Reclamationen** sind **schriftlich** anzubringen und **spätestens bis zum 18. März d. Js. früh** bei dem Herrn Landrath einzureichen. Sie sind nach dem auf Seite 31 des Regierungs-Amtsblattes von 1860 vorgeschriebenen Schema aufzustellen, wozu Formulare beim Buchdruckereibesitzer Stiebitz und Buchbindermeister Peter hier zu haben sind. Die §§ 32 und 33 der deutschen Wehr-Ordnung enthalten die nöthigen Bestimmungen.

In allen Reclamationsfällen müssen die Angehörigen, auf deren Gesundheitszustand hin reclamirt wird, im Gestellungstermin mit anwesend sein. Ausnahmen hiervon sind nur dann zulässig, wenn die Angehörigen durch schwere Krankheit pp. am Erscheinen verhindert sind, und dies, sowie die Arbeits- und bezw. Aufsichtsunfähigkeit der betreffenden Personen durch ein Attest des Königlichen Kreisphysikus nachgewiesen wird.

Reclamationen können nur dann berücksichtigt werden, wenn die Betheiligten solche bis zu dem angesetzten Termine oder ausnahmsweise spätestens zum Musterungsgeschäfte anbringen. Spätere Reclamationen können nur dann berücksichtigt werden, wenn die Veranlassung zu denselben erst nach Beendigung des Musterungsgeschäfts entstanden ist.

Ueber äußerlich nicht sichtbare Gebrechen an Militairpflichtigen, als Taubheit, Blödsinn, Epilepsie u. s. w. müssen **Kreisphysikatsatteste** oder andernfalls beglaubigte Bescheinigungen des Ortsgeistlichen, Schullehrers oder Ortsvorstandes beigebracht werden. Außerdem hat der angeblich an Epilepsie leidende Militairpflichtige drei glaubhafte Zeugen hierfür im Musterungstermin zu stellen.

Nebra, den 9. März 1899.

Der Magistrat.
Strauch.

Einen Morgen Land, am Teichwege belegen, hat zu verpachten Schiffbauer **Karl Ködel.**

Sehr gut erhaltenen **Pneumaticrover** verkauft für **65 Mark**
S. Reiber, Reinsdorf b. Nebra.

Wer ein reichhaltiges gut unterrichtetes Morgenblatt lesen will, der abonniere auf die
Leipziger Neuesten Nachrichten
mit dem volkswirthschaftlichen Theile und der Gratis-Beilage:
Blätter für Belehrung und Unterhaltung
Abonnementspreis vierteljährlich Mk. 2,55 excl. 40 Pfg. Postzustellungsgebühr.
Postzeitungskatalog Nr. 4469.
Die Leipziger Neuesten Nachrichten sind die verbreitetsten aller Leipziger Zeitungen und werden wegen ihrer gut orientirenden Leitartikel und wegen ihres reichhaltigen politischen Theiles (Mitarbeiter an allen größeren Plätzen Deutschlands und des Auslandes) in ganz Deutschland gern gelesen.
Zahlreiche eigene Depeschen, sorgfältig ausgewählte Romane und Feuilletons, gute Theater- und Musik-Kritiken, täglicher Courszettel der Leipziger und Berliner Börse mit den neuesten Nachrichten aus dem Gebiete des Handels und der Industrie, vollständige Gewinnlisten der Königl. Sächs. Landeslotterie machen die Leipziger Neuesten Nachrichten lesenswerth für Jedermann.
Für **Insertionen** aller Art sind die Leipziger Neuesten Nachrichten, welche
die verbreitetste aller Leipziger Zeitungen
sind und von allen Leipziger Blättern die meisten Postabonnenten haben, als wirksamstes Insertionsorgan zu empfehlen.
Die Leipziger Neuesten Nachrichten werden mit den Nachtzügen und ersten Frühzügen versandt, so daß die Nummern bei Orten mit guter Zugverbindung z. B. Berlin, Dresden, Plauen, Chemnitz 2c. schon mit der ersten Postaustragung in die Hände der Abonnenten gelangen.
Probenummern und Kostenanschläge für Inserate stehen durch die Expedition, Leipzig, Petersteinweg 19, gratis und franco zur Verfügung.

Zur Saat
empfehlen wir, **von unseren Mitgliedern aus Originalsamen erbaut,**
Goldthorp-Gerste (vorjähriger Ertrag bis 18 Ctr.),
Hanna-Gerste,
Kartoffeln: **Hero** (126 Ctr. pr. Morg.), **Silesia** (118 Ctr. pr. Morg.), **Saxonia** (156 Ctr. pr. Morg., auf der Halle'schen Kartoffel-Ausstellung 1898 mit der silbernen Medaille prämiirt).
Vermittelung und Zusendung von Mustern übernimmt das Vereinsbüreau zu Zingst bei Nebra.
Das Directorium des landwirthschaftlichen Vereins Steigra.

Einem geehrten Publikum von **Nebra** und **Umgegend** zur Nachricht, daß ich mein
Filzhut-, Mützen- und Strohhut-Lager
bedeutend vergrößert habe, um mit jeder Großstadt concurriren zu können!
Empfehle **Hüte, Mützen** und **Strohhüte** für Herren und Knaben in **allen** Facons und Farben zu jeder Preislage.
Confirmandenhüte! Confirmandenhüte!
kauft man am billigsten bei
Otto Maess, *Wasserweg.*

Herm. Schwiecker, Uhrmacher, Breitestraße 128, empfiehlt zur **Confirmation** sein Lager von
Uhren und Goldwaaren
zu billigsten Preisen.

Schuhwaaren.
Schuhe und **Stiefel** zur **Confirmation,** sowie alle anderen **Schuhwaaren** empfiehlt zu den billigsten Preisen
Hermann Sachse.

Große Lager! **Eisern. Baumaterial,** Kostenanschl. gratis.
franco jeder Bahnstation, vortheilhafte Preisstellung, ca. 20jährige Specialität.
Hingst & Scheller, Halle a/S.
Fabrik eis. Bauconstructionen.

Circa 15 Schock **Langstroh,** sowie 10 Schock **Gersten- u. Haferstroh,** hat abzugeben **Stadtmühle Nebra.**

Militär-Reclamationen sind zu haben in der **Buchdruckerei Nebra.**

Prachtvolle
Eierfarben
empfiehlt
Drogenhandlung
Herm. Schwiecker, Breitestraße 128.

Inniger Dank!
Durch langjährige, qualvolle Magenbeschwerden, wie: Uebelkeit, Bollsein, Blähungen, Aufstoßen, Erbrechen 2c. wurde ich blutarm und nervenleidend, hatte Schwindel, Angste und Ohnmachtsanfälle. Nach Gebrauch von 15 Flaschen (incl. 1 Fl. Kamlscheider Stahlbrunnen, Emma-Heilquelle, Bopparder, wurde ich gründlich geheilt. Nähere Auskunft gebe gern.
Carl Hopel, Polizei-Inspector a. D. in Köln a. Rh.

Bierhalle.
Sonntag, den 19. März,
Bockbierfest,
wozu freundlichst einladet **G. Pönitz.**

Zum
Feuerwehrball
am Sonntag, den 19. März cr., von Abends 7 1/2 Uhr an,
im **Preußischen Hof,**
ladet Freunde und Gönner hierdurch ganz ergebenst ein **das Commando.**

Die **„Geflügel-Börse"** vermittelt als das **angesehenste und verbreitetste** Fachblatt durch Anzeigen auf das sicherste
Kauf und Angebot von Thieren aller Art,
enthält gemeinverständliche Abhandlungen über
alle Zweige des Thiersports
Lebensweise, Züchtung und Pflege des Geflügels, Singe, Ziervögel und Kaninchen, Brieftauben-, Hunde- und Jagdsport.
Expedition der Geflügel-Börse (R. Freese) Leipzig.

Neben diesen anregenden Fachartikeln bringt die **„Geflügel-Börse"** zahlreiche **„Kleine Mittheilungen"** über bemerkenswerthe Vorgänge in den einschlagenden Gebieten, aus dem Vereinsleben, Ausstellungsberichte 2c., erteilt in einem **„Sprechsaal"** unentgeltliche Auskunft über alle Fragen der Züchtung und Pflege und bietet ihren Abonnenten Gelegenheit zur Einholung von **„Krankheits- und Sektionsberichten"** bei der Kgl. Veterinärklinik der Universität Leipzig.
Abonnementspreis vierteljährl. 75 Pf.
Erscheint Dienstags u. Freitags.
Sämmtl. Postanstalten u. Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.
Insertionspreis:
Logespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf.
Probenummern gratis u. franko.

Redaction und Druck der drei ersten Seiten von Hermann Arendt's Verlag in Berlin. Redaction und Druck der vierten Seite und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218990318-17/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando durch die Post oder andere Orten 1,20 Mk. durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustrirtes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 22. Nebra, Sonnabend, 18. März 1899 12. Jahrgang.

Das Fernsprechwesen.

Nunmehr ist auch das Telegraphenwegegesetz dem Reichstag zugegangen, von dessen Inkrafttreten die neue Regelung der Fernsprechgebühren abhängig gemacht wurde. Der Zusammenhang ist leicht erkennbar. Man erwartet von der teilweisen Gebührenherabsetzung eine Zunahme der Fernsprechanschlüsse für das platte Land und sieht sich in der Führung der Linien nicht mehr bloß auf Hauptstraßen, sondern auch auf Nebenstraßen und Landwege angewiesen. Die Befugnis der die Telephonie mit umfassenden Telegraphenverwaltungen zur Benutzung fremder Gelände entbehrt nun aber bis jetzt einer reichsgesetzlichen Grundlage und eben diese soll geschaffen, Recht und Pflicht des Fiskus gegenüber den Privateigentümern angemessen abgegrenzt werden. Ueber das Maß, in welchem die Verwaltung Grundstücke benutzen und deren Besitzer entschädigen will, mögen Meinungsverschiedenheiten obwalten, doch die grundlegende Absicht des Entwurfs erscheint unanfechtbar. Der Annahme der Vorlage stehen keinesfalls unüberwindliche Hindernisse im Wege.

Sehr viel mehr umstritten ist dagegen die Fernsprechgebührenordnung. Herr v. Podbielski will zwar geben, aber auch nehmen. Das Publikum will aber nicht noch höhere Kosten tragen, ist vielmehr der Ansicht, daß Herabsetzungen von Gebühren nicht nur ihm selber, sondern auch der Post zu gute kommen, wenn sie sich in gewissen Grenzen halten.

Während die allgemeine Klage gegen die Höhe der Gebühr gerichtet war, soll jetzt für bestimmte Fernsprechnetze eine weitere Erhöhung erfolgen, als Ausgleich von Ermäßigungen, die anderen Netzen zugedacht sind. Gegenwärtig sind für Anschluß und Benutzung überall im ganzen Reich gleichmäßig 150 Mk. zu zahlen. Das ist ein Preis, der die Verbreitung dieses für das wirtschaftliche Leben überaus förderlichen Verkehrsmittels erschwert. Eine allgemeine Herabsetzung dieses Preises hätte eine allgemeine Befriedigung hervorgerufen, von der auch die Post nicht ausgenommen gewesen wäre. Denn wie die Postverwaltung im Jahre 1894 mitteilen konnte, daß die Erniedrigung des Satzes von 200 auf 150 Mk. die Zahl der Verbindungen um 118 Prozent vermehrt habe, so würde sie im Jahre 1900 oder 1901 bei einer Ermäßigung auf 120 oder 100 Mk. voraussichtlich ein verhältnismäßig noch weit günstigeres Verhältnis haben melden können. Aber die Post erniedrigt und erhöht zugleich.

Zunächst wird zwischen Grundgebühr und Gesprächsgebühr unterschieden. Die Grundgebühr soll sich nach den Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung der technischen Einrichtungen bei der Teilnehmerstelle und auf dem Vermittelungsamt sowie für die Sprechleitung, die Gesprächsgebühr nach den Kosten der Gesprächsverbindung richten. Die Grundgebühr ist abgestuft und beträgt

in Netzen von nicht über 1000 Anschlüssen	60 Mk.
bei mehr als 1000 bis einschließlich 5000	75 „
bei mehr als 5000 bis 20 000	90 „
bei mehr als 20 000	100 „

Die Verwaltung rechnet dabei so: Je größer die Teilnehmerzahl, desto höher die Kosten, weil die Einrichtung des Vermittelungsamtes um so verwickelter ist und in den größeren Städten die zunehmende Länge der Anschlußleitungen verteuernd wirkt.

Die Gesprächsgebühr ist gleichfalls abgestuft und beträgt, wenn sie in einer Pauschsumme — die Vorlage nennt sie eine „Pauschgebühr" — entrichtet wird,

für die ersten 500 Verbindungen	20 Mk.
bei 500—1500 für weitere 500 Verbindungen	15 „
bei 1500—3000 für weitere 500 Verbindungen	10 „
bei mehr als 3000 für die überschießenden Verbindungen insgesamt	10 „

Der Teilnehmer darf aber auch, wenn er will, statt der Pauschsumme Einzelgebühren entrichten, und zwar pro Gespräch 5 Pfennig, jedoch mindestens für 400 Gespräche jährlich, d. h. mindestens 20 Mk. Diese Abstufung erfolgt aus zweierlei Rücksichten. Erstens aus Rücksicht auf die Kosten der Herstellung von Gesprächsverbindungen, die sich zwar im allgemeinen nach der Zahl der Verbindungen richtet, ohne freilich mit ihr absolut zu wachsen. Zweitens aus Rücksicht auf den nunmehr zur Geltung zu bringenden Grundsatz, daß die Gebühr in ein angemessenes Verhältnis zu dem Vorteil zu bringen sei, der dem einzelnen aus dem Gebrauch des Fernsprechers erwächst.

Der Reichstag wird mit der Beratung des ziemlich verwickelten Entwurfs schwere Arbeit haben.

Deutscher Reichstag.

Am 14. b. steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung der Gesetzentwürfe betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres und betr. Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes.

Die Beratung beginnt mit dem Gesetze betr. die Friedenspräsenzstärke. Artikel 1 enthält die Forderungen für die allgemeine Präsenzstärke und für die der einzelnen Truppengattungen. — § 1, der lediglich das geltende Gesetz von 1893 bis zum 30. September 1899 verlängert, wird debattelos angenommen.

Nach § 2 der Regierungs-Vorlage sollte die allgemeine Präsenzstärke auf 502 506 Gemeine, Gefreite und Obergefreite festgesetzt werden, derart, daß diese Höhe im Laufe des Rechnungsjahres 1902 erreicht wird. Das neue Gesetz soll bis zum 31. März 1904 gelten.

Die Kommission (Referent Abg. Bassermann (nat.-lib.) hat die Stärke auf 495 500 Mann herabgesetzt und bestimmt, daß diese Ziffer erst im Laufe des Jahres 1903 erreicht werden soll. Die Präsenzziffer soll also um 7006 Mann herabgesetzt werden.

Referent Abg. Bassermann berichtet über den Gang der Kommissions-Verhandlungen und empfiehlt die Beschlüsse der Kommission zur Annahme.

Kriegsminister v. Goßler: In der ersten Lesung habe ich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es zu einer Einigung kommen werde. In wesentlichen sind denn auch die neuen Formationen bewilligt worden. Aber die Kommission hat auch Aenderungen vorgenommen, die nicht erfreulich sind. Zunächst ist die Erreichung der Gesamtziffer auf ein Jahr hinausgeschoben worden. Dann hat man die Jäger zu Pferde von den übrigen Kavallerie-Eskadrons getrennt. Militärische Gründe dafür kann ich nicht einsehen, ich bitte daher um Wiederherstellung der Vorlage. Die wichtigste Aenderung liegt aber in der Herabsetzung der Präsenzziffer um 7006 Mann. Die von der Kommission zu Grunde gelegte Durchschnittsziffer muß ich nach den angestellten Berechnungen für unzureichend erklären. Es kann aber nicht die Absicht der Kommissionsmehrheit sein, die Truppen zu schädigen. Deshalb bin ich nicht in der Lage, den verbündeten Regierungen die Kommissionsbeschlüsse zu empfehlen. Ich appelliere daher an den Patriotismus des hohen Hauses und bitte dasselbe um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Sattler (nat.-lib.): Meine Freunde behalten sich für die dritte Lesung vollständig freie Hand, wenn wir auch heute zu den Kommissionsbeschlüssen Stellung nehmen müssen. Die Kommission hat die Präsenzstärke um 7006 Mann herabgesetzt. Wir sind aber der Meinung, daß die Festsetzung der notwendigen Präsenzstärke allein Sache der Armeeverwaltung ist. Sie allein ist dafür verantwortlich, daß die Vermehrung des Präsenzstandes ausreichend ist. Wir werden daher für die Regierungsvorlage und gegen die Beschlüsse der Kommission stimmen.

Abg. v. Levetzow [illegible] ersten Lesung erklärt, daß [illegible] fordert; diese Opfer stehen [illegible] hältnißlos zu den schweren [illegible] Krieg mit sich ziehen müß[illegible] in der ersten Lesung ge[illegible] Formationen geäußert ha[illegible] widerlegt worden. Die [illegible] Bedenken geschaffen durch [illegible] Präsenzstärke. Die Regie[illegible] Minimum des Notwendig[illegible] ihr bas nicht versagen. [illegible] Wiederherstellung der Re[illegible]

Abg. Lieber (Zentr[illegible] sagt, wir sollten einfach [illegible] ring bewilligen, so kön[illegible] und Recht fragen: Wie[illegible] rung zu unseren Beschl[illegible] Dinge erinnern, die no[illegible] Wie steht es denn mit de[illegible] holt geforderten Verfor[illegible] ist aber durchaus falsch, [illegible] lage allein die Armee-Ve[illegible] geben hat. Der Reichst[illegible] Regierung darauf[illegible] zu[illegible] fähigkeit des deutschen [illegible] sprechen sie ihr nicht, [illegible] wenn wir dieselben [illegible] keineswegs nur um [illegible] allein, sondern vor a[illegible] Wir haben in der Ko[illegible] gewonnen, daß es auch [illegible] verminderten Bataillons[illegible] jährige Dienstzeit autre[illegible] herausstellen, daß dies[illegible] ist, so werden wir spät[illegible] Erwägungen darüber ein[illegible] sei. An der Herabsetzu[illegible] aber meine Freunde fest[illegible] allein stehen sollten.

Abg. v. Kardor[illegible] werden für die Regie[illegible] Kommissionsfassung stim[illegible] aber ebenfalls unsere endgültige Stellungnahme bis zur dritten Lesung vor.

Abg. Haußmann-Böblingen (südd. Vp.) erklärt sich gegen die Vorlage, weil dieselbe nicht einmal die Forderung der Festlegung der zweijährigen Dienstzeit erfülle. Man spreche von einem Konflikt, von der Auflösung des Reichstages. Daran glaube er nicht. Die Vorlage bringe immer noch eine Erhöhung des Präsenzstandes um 17 500 Mann, trotz des Abstrichs; eine solche Erhöhung werde die Regierung nicht zurückweisen.

Abg. Lanzinger (Bayer. Bauernbd.) erklärt, seine Freunde würden die Vorlage mit Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft ablehnen.

Abg. Smalakys (wild) verliest, da er der deutschen Sprache nicht genügend mächtig ist, eine Erklärung dahin, daß die volle Forderung der Regierung bewilligt werden möge.

Abg. Richter (frs. Vp.): Es ist heute wieder von der Wehrhaftigkeit dem Auslande gegenüber gesprochen worden. Nun hat aber der Kriegsminister in der Kommission erklärt, die militärische und politische Lage rechtfertige keine Befürchtungen. Nun handelt es sich bei dem Abstrich um nur 7006 Mann, und diese sollen nicht sofort eingestellt werden, sondern allmählich bis zum Jahre 1903. Man hat ferner wieder auf das Ausland verwiesen. Aber auch in anderen Parlamenten werden Armeefragen eingehend erörtert. In technische Details mischen wir uns gar nicht ein, denn die Verteilung der Mannschaft bleibt Sache der Kommandogewalt. Der Reichstag darf sich doch nicht zum Echo der Regierung machen. Der Kriegsminister schien in der Kommission froh, daß er die Vorlage bis auf die 7006 Mann in der Tasche hätte. Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Es ist eine Wendung eingetreten, und diese ist wieder einmal gekommen von einer unverantwortlichen Stelle. Nun soll auch der Reichstag seinen Standpunkt ändern. Damit würde er sich selbst degradieren zu einer Geldbewilligungsmaschine.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe weist die vom Abg. Haußmann gethane Aeußerung auf das allerentschiedenste zurück, daß die maßgebende Stelle auf einen Konflikt hinsteuere.

Abg. Freie (frs. Vgg.) erklärt, seine Freunde würden für die Regierungsvorlage stimmen, nach deren etwaiger Ablehnung aber auch für die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Bebel (soz.) erklärt, seine Freunde würden sowohl gegen die Vorlage, als auch gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antis.) erklärt, seine Freunde würden, da sie die Kommissionsbeschlüsse als gänzlich unzureichend ansehen, gegen diese und für die Regierungsvorlage stimmen. — Damit schließt die Diskussion.

Die Abstimmung über die Forderung der Regierungsvorlage ist eine namentliche und ergiebt die Ablehnung derselben mit 209 gegen 141 Stimmen.

Darauf wird auch der Kommissionsantrag gegen die Stimmen des Zentrums und der Freisinnigen Vereinigung abgelehnt. — § 2 ist somit ganz in Wegfall gekommen.

Artikel II (Verlängerung der Geltungsdauer der zweijährigen Dienstzeit) und III (Geltung für Bayern und Württemberg nach Maßgabe der Militärkonvention) gelangen debattelos zur Annahme.

Die Novelle zum Reichs-Militärgesetz wird darauf ebenfalls debattelos angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

* In der Samoafrage ist erfreulicherweise ein Einverständnis zwischen Deutschland, England und Amerika erzielt worden. Die beiden letztgenannten erkennen den neuen deutschen Präsidenten der Munzipalität Dr. Solf an. Chambers bleibt vorläufig Oberrichter, doch wird seine Entscheidung zu Gunsten Mataetoas nicht anerkannt. Mataetoa verbleibt auf dem englischen Kriegsschiffe „Porpoise", und Mataafa wird als Haupt der provisorischen Regierung bestätigt.

* Der wegen der Militärvorlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung drohende Konflikt ist beigelegt. Die Reichsregierung gibt sich mit dem einstweiligen Abstrich von 7000 Mann in der Erwartung zu frieden, daß diese Bewilligung auch innerhalb der nächsten fünf Jahre erfolgen werde, wenn die Militärbehörden sie als unumgänglich notwendig nachweisen.

* Die Besprechungen mit Cecil Rhodes nehmen, wie die „Berl. N. Nachr." hören, einen guten Fortgang. Sie betreffen, wie es heißt, lediglich das deutsch-ostafrikanische Gebiet; Deutsch-Südwestafrika wird von den jetzt schwebenden Unterhandlungen nicht berührt. Die Frage der Legung einer Telegraphenleitung durch Deutsch-Ostafrika ist im positiven Sinne erledigt. Was den Eisenbahnbau anlangt, so sind die Unterhandlungen wegen der mannigfachen in Betracht kommenden Fragen technischer und anderer Art weniger einfach. Die bezüglichen Besprechungen werden fortgesetzt.

* Die lange erwartete Kanalvorlage ist nun dem preußischen Landtag zugegangen.

* Ludwig Bamberger, der bekannte Volkswirt, Schriftsteller und Parlamentarier, ist am Dienstag, 76 Jahre alt, gestorben. Bereits vor fünf Jahren hat er kein Mandat zur Volksvertretung mehr angenommen. Er gehörte früher zur nationalliberalen Partei, später zur freisinnigen Vereinigung und kann als Vater unserer Goldwährung bezeichnet werden.

Oesterreich-Ungarn.

* Die ‚Narodni Listy' bezeichnet die Stellung des Kabinetts Thun seit dem Rücktritt Banffys als ernstlich erschüttert. Es bestehen keine Zweifel, schreibt das Blatt, daß der Kaiser dem Grafen Thun die Wahl gestellt hat, entweder die Deutschen zu versöhnen oder zurückzutreten. Der „Politik" zufolge soll man in gewissen Kreisen bestrebt sein, eine deutsch-polnische Regierung ans Ruder zu bringen.

Frankreich.

* Im Ministerrat legte auf Wunsch des Präsidenten Loubet der Justizminister ein Dekret zur Unterzeichnung vor, durch welches alle diejenigen Personen begnadigt werden, welche am 18. Februar d. und an den darauf folgenden Tagen wegen aufrührerischer Rufe von dem Polizeigericht zu Geldstrafen verurteilt wurden. Der Gnadenakt kommt mehr als 250 Verurteilten zu gute.

* Der Pariser Kassationshof beschloß, den Kriegsminister Freycinet um Uebermittelung des geheimen Aktenstückes betreffend Dreyfus zu ersuchen. Die Uebermittelung wird in nächster Zeit erfolgen.

England.

* Mit erdrückender Mehrheit hat sich das Unterhaus für die von vielen noch zu klein erachtete Marinefordernng der Regierung erklärt: Es lehnte nämlich mit 147 gegen 18 Stimmen den Antrag Labouchères ab, von der in dem Posten „Mannschaften" geforderten Summe den Betrag für 4000 Mann zu streichen.

* In China hat England eine neue „Verpachtung" aus eigenem Recht vollzogen. Wie der Londoner „Daily Mail" aus Schanghai aus chinesischer Quelle gemeldet wird, hat England von den Mia-Tao-Inseln auf der Höhe der Provinz Schantung Besitz ergriffen. „Daily Mail" meint, wenn die Meldung, daß England diese Inseln genommen, wahr sei, bilde dies die Antwort auf Rußlands Befestigung der Elliotgruppe, und da Deutschland Rechte über Schantung geltend mache, deute das Vorgehen auf gewisse Abmachungen zwischen England und Deutschland hin.

Italien.

* Das Appellgericht in Ancona gelangte zu der Ueberzeugung, daß das angebliche Attentat in Alexandrien auf Kaiser Wilhelm von Polizisten in Szene gesetzt war, und wird diese wegen Irreführung der Behörden gerichtlich verfolgen.

* Die ‚Tribuna' schreibt, das Verhalten Italiens setzt eine entschiedene energische Unter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218990318-17/fragment/page=0005